



Andreas Westerfellhaus
Präsident des
Deutschen Pflegerats (DPR)

Editorial

Mogelpackung – Nein danke!

Das bayerische Kabinett hat mit seinem Beschluss, eine „Vereinigung der bayerischen Pflege“ zu schaffen, die Interessen und das Votum der Pflegefachpersonen für eine bayerische Pflegekammer komplett ignoriert. Missachtet wurden die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Denn in Bayern hat sich eine deutliche Mehrheit der Pflegefachpersonen für eine bayerische Pflegekammer ausgesprochen. Dieses Ergebnis wird jetzt mit Füßen getreten. Der DPR fordert die Landesregierung auf, für die Wertschätzung und Aufwertung der Pflegeberufe einzutreten, indem sie diese ihre Belange selbst in die Hand nehmen lassen. Das kann nur durch die Gründung einer Pflegekammer erreicht werden. In einer Kammer ist gewährleistet, dass es tatsächlich um die Interessen der Pflegefachpersonen geht. Die neue bayerische „Interessensvertretung“ verwässert dagegen die Stimme der professionell Pflegenden und verwehrt ihnen elementare Entscheidungsbefugnisse.

Die professionell Pflegenden brauchen eine eigene starke Stimme. Mit der jetzt gefundenen „Vereinigung“ wird dieses Ziel nicht erreicht. Die Entscheidung des Kabinetts zeugt von Konzeptlosigkeit und kommt einem Kniefall vor den Gegnern einer Pflegekammer gleich. Die Pflegefachpersonen in Bayern sollten sich das nicht bieten lassen. Sie müssen das Recht haben, die pflegerischen Herausforderungen der Zukunft und ihre darin liegende eigene große Verantwortung in vollem Umfang selbst mitzubestimmen. Dies kann nur über eine eigenständige Pflegekammer erfolgen.

Andreas Westerfellhaus
Präsident des Deutschen Pflegerats (DPR)



In Kooperation mit

Heilberufe
Das Pflegemagazin

IM FOCUS

Patientensicherheit gemeinsam schaffen

Auf der 89. Gesundheitsministerkonferenz der Länder (GMK) wurde der Antrag „Erweiterte Delegation ärztlicher Leistungen beschlossen“. Den entsprechenden Prüfauftrag hat das Bundesgesundheitsministerium erhalten. Einbezogen werden soll dabei eine etwaige Substitution.

Es ist gut, dass sich die GMK mit der Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Berufen im Gesundheitswesen beschäftigt hat. Wir brauchen eine neue sinnvolle Verteilung, die auf den Kompetenzen der Berufe aufbaut. Die Chance des Pflegeberufereformgesetzes und die darin enthaltene Festlegung von vorbehaltenen Aufgaben muss ergriffen werden. Richtigerweise nennt die GMK auch die Substitution. Sie regelt die vollständige Übernahme von heilkundlichen Aufgaben durch Pflegefachpersonen und muss aus Sicht des Deutschen Pflegerats konsequent genutzt werden. Mit der reinen arztzentrierten Verteilung von Aufgaben ist die Zukunft nicht zu bewältigen. Ziel ist ein kompetenzorientiertes System. Dabei muss sichergestellt sein, dass aus Sicht des Patienten und nicht einer einzelnen Berufsgruppe gedacht wird. Denn Patientensicherheit kann nur interdisziplinär gesichert werden.

In ihrem jetzigen Beschluss springen die Länder jedoch an einer Stelle zu kurz. Die Modellvorhaben über die Festlegung ärztlicher Tätigkeiten zur Übertragung auf Berufsangehörige der Alten- und Krankenpflege zur selbstständigen Ausübung von Heilkunde nach § 63 Abs. 3c SGB V müssen endlich umgesetzt werden. Damit wäre zugleich eine wissenschaftliche Begleitung sichergestellt.

Franz Wagner

Vize-Präsident des Deutschen Pflegerats (DPR)